



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/01/2017  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 08.02.2017  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Hier: Abschiebungen aus Hagen  
Anlage: Stellungnahme der Verwaltung  
Vorlage: 0111/2017
7. . Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Hier: Gewaltschutzkonzept für Flüchtlingsunterkünfte  
Vorlage: 0112/2017
8. . Aktuelle Flüchtlingssituation  
Betreuung und Beratung  
Mündlicher Bericht der Verwaltung
9. . Umgang mit Kundenunterlagen beim Jobcenter  
Hier: Stellungnahme des Jobcenters Hagen
10. . Vorschlag der SPD-Fraktion und Sachantrag der Fraktionen CDU, Bündnis90/Die Grünen, Hagen Aktiv und FDP  
Hier: Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses  
Stellungnahme der Verwaltung  
Vorlage: 1054/2016
11. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. . Feststellung der Tagesordnung**

Frau Cramer begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass Frau Timm-Bergs erkrankt sei und sie daher die Sitzungsleitung für die heutige Sitzung übernehme.

Sie stellt fest, dass es von Seiten der Ausschussmitglieder keine Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

Sie schlägt vor, die Punkte 9 und 10 vorzuziehen und nach dem TOP 5 zu beraten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

#### **2. . Mitteilungen**

keine

#### **3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Frau Cramer begrüßt Herrn Wegener ganz herzlich. Sie freue sich, dass er sei nach längerer Krankheit wieder im Ausschuss sein könne.

Herr Wegener bittet, ausnahmsweise Herrn Homm die Berichterstattung übertragen zu dürfen.

Herr Homm berichtet, dass der Seniorenbeirat erst am 09. März erneut tage.

Er weist auf eine Veranstaltung hin. Am 21. März finde um 15.00 Uhr im Ratsaal eine Veranstaltung des Seniorenbeirates und des DGB zum Thema „Generationsgerechtigkeit“ statt. Alle Interessierten seien herzlich eingeladen.



#### 4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth berichtet, dass auch der Beirat für Menschen mit Behinderungen erst Anfang März tage.

Er berichtet aus der Arbeitsgemeinschaft „Bauen und Verkehr“. Man habe sich dort mit dem Thema „Barrierefreiheit von Bushaltestellen“ und deren Umsetzung in einer sinnvollen Reihenfolge beschäftigt.

Weiterhin wolle man in der nächsten Sitzung einen Vertreter des Beirates für Menschen mit Behinderungen in den Arbeitskreis des ÖPNV wählen.

Darüber hinaus sei man mit dem Thema der politischen Partizipation und der Teilnahme in den Ausschüssen beschäftigt. In dem Zusammenhang werde er noch auf die Parteien zugehen, um den Hintergrund der Thematik zu erläutern.

#### 5. . Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

Frau Cramer ergänzt, dass am vergangenen Samstag der Neujahrsempfang des Integrationsrates stattgefunden habe. Es sei eine gelungene Veranstaltung mit vielen Darbietungen und köstlichen Speisen gewesen. In diesem Jahr hätten die Griechen den Empfang ausgerichtet.

#### 6. . Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Hier: Abschiebungen aus Hagen**

**Anlage: Stellungnahme der Verwaltung**

**Vorlage: 0111/2017**

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Sauerwein erklärt, dass die mitübersandte Stellungnahme zu dem Antrag sehr ausführlich und aussagekräftig sei. Sie habe lediglich eine Nachfrage in dem Zusammenhang. Es habe die Pressemitteilung gegeben, dass einige Bundesländer die Abschiebungen nach Afghanistan wegen der verschlechterten Menschenrechtssituation aussetzen. Sehe Nordrhein-Westfalen auch von Abschiebungen von Afghanen in ihr Heimatland aus diesem Grunde ab?



Frau Thomzig antwortet, dass das Land Nordrhein-Westfalen angeordnet habe, dass die Rückführung von afghanischen Staatsangehörigen im Einzelfall zu prüfen seien.

Das habe zur Konsequenz, dass im Moment nur Straftäter zurückgeführt würden. Die Kontingente für Nordrhein-Westfalen seien sehr gering.

Soweit ihr bekannt sei, habe man zurzeit in Hagen keine Zwangsrückführungen nach Afghanistan vorgesehen.

7. . **Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**Hier: Gewaltschutzkonzept für Flüchtlingsunterkünfte**  
**Vorlage: 0112/2017**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Sauerwein erläutert den Vorschlag ihrer Fraktion zum Gewaltschutzkonzept.

Herr Goldbach erklärt, dass man den Auftrag auch in dem beschriebenen Sinne verstanden habe. Man habe sich bereits damit beschäftigt und dabei festgestellt, dass man in dem Bereich bezogen auf Kinder und Jugendliche bereits Vereinbarungen und Vorkehrungen getroffen habe. Bestimmte Standards seien festgelegt worden, wenn auch nicht in dem Umfang, wie in dem Antrag beschrieben.

Von daher sei man der Sache gegenüber sehr aufgeschlossen und sei der Meinung, dass man sich noch eingehender damit beschäftigen solle.

Er schlägt vor, dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen die gegenwärtige Situation im Hinblick darauf zu beschreiben und darzulegen, wie man das Hagener Gewaltschutzkonzept noch ausbauen könne. Was die Netzwerke in dem Bereich angehe, sei man in Hagen nicht schlecht aufgestellt.

Herr Gierke ergänzt, dass man sich bereits vor einem Jahr mit dem Bereich der Erziehungshilfen auseinandergesetzt habe, um Gefährdungssituationen abzuklären. Man habe dabei festgestellt, dass man aufgrund der Gestaltung der Unterbringung in Hagen Rückzugsmöglichkeiten habe. Gemeinsame Unterkünfte mit alleinstehenden Männern und Familien habe es in Hagen nie gegeben.

Frau Cramer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die Verwaltung überprüft das im November 2016 beschlossene Gewaltschutzkonzept der Stadt Bremen sowie die Empfehlungen des DPWV auf Anwendbarkeit unter den konkreten Bedingungen der Stadt Hagen und erstellt auf dieser Basis eine Gewaltschutzrichtlinie für die örtlichen Flüchtlingsunterkünfte.



### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD	1		
Die Linke	0		
BfHo/Piraten Hagen	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

## 8. . Aktuelle Flüchtlingssituation Betreuung und Beratung Mündlicher Bericht der Verwaltung

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann teilt mit, dass man, wie seinerzeit versprochen, für die heutige Sitzung eine umfangreiche Präsentation zu dem Thema vorbereitet habe, die speziell die Hagerer Situation beschreibe.

Sie bedankt sich für die umfassende Arbeit der Kollegen, die daran mitgewirkt hätten.

Herr Gierke berichtet über die Integration der Flüchtlinge in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Frau Cramer fragt, warum es nicht möglich sei, festzustellen, wie viele Flüchtlinge Integrationskurse besucht hätten.

Herr Gierke antwortet, dass diese Integrationskurse nicht nur Flüchtlingen offen stünden. Man bekomme keine Informationen von den Anbietern in Bezug auf die Teilnehmer.

Frau Fischbach merkt an, dass sie leider zu Recht befürchtet habe, dass die Zahlen für Hagen anders aussähen als landesweit.



Sie habe notiert, dass 11,5 % Analphabeten seien und bei 12 % sei es noch unklar. Sei es denkbar, dass man insgesamt von 23,5 % Analphabeten ausgehen müsse?

Herr Gierke teilt mit, dass das nicht auszuschließen sei.

Frau Fischbach regt an, mehr Deutschkurse in dem Bereich anzubieten. Der Bedarf sei ja zweifelsohne vorhanden.

Frau Kaufmann macht deutlich, dass man zwischen Analphabeten und funktionalen Analphabeten unterscheiden müsse. Dass seien u.a. Menschen, die nicht mit einem Text umgehen könnten oder nur ein paar Jahre die Grundschule besucht hätten.

Sie gibt Frau Fischbach Recht. Allerdings könne man nur die Dinge anbieten, die der Kommune auch bezahlt würden.

Frau Fischbach betont, dass nicht nur ein entsprechendes Angebot, sondern auch eine Verpflichtung zum Besuch erfolgen sollte.

Frau Engelhardt bedankt sich für die ausführliche Berichterstattung. Sie habe sich auch darüber gewundert, dass vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge keine Zahlen vorgelegt werden könnten, wie diese Kurse ausgelastet seien und ob die Teilnahme regelmäßig sei. Sie freue sich über die Spezifika im Sozialraum in Bezug auf die Anmietung von Wohnungen.

Ihre Fraktion habe immer gefordert, die Flüchtlinge gleichmäßig auf das Stadtgebiet zu verteilen, um einer Gettoisierung entgegenzuwirken.

Herr Goldbach merkt an, dass die Finanzierungswege für Integrationskurse nur über das Ministerium für Integration liefen. Zugangsberechtigt seien nur Flüchtlinge aus Ländern mit gesicherter Aufenthaltsperspektive. Weiterhin stünden sie EU-Bürgern und Bestandsausländern offen. Die Ausländerbehörde und das Jobcenter könnten unter bestimmten Voraussetzungen zu einem Besuch der Sprachkurse verpflichten.

Zukünftig solle das auch der Fachbereich Jugend und Soziales können. Das sei nur sinnvoll, wenn das entsprechende Angebot vorhanden sei. Es gebe in dem Bereich eine große Trägervielfalt, die der Verwaltung bekannt seien. Da die Zulassung dieser Träger durch das Bundesamt geschehe, antworteten nicht alle Träger auf Anfragen.

Herr Otto und Frau Völker berichten aus der Praxis. Sie sind als Sozialarbeiter im Bereich der Flüchtlingsbetreuung tätig.

Frau Cramer bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

Frau Kaufmann richtet ihren Dank an die beiden Mitarbeiter stellvertretend für alle Kollegen, die in dem Bereich tätig seien. Die Tätigkeit stelle hohe Anforderungen an die Mitarbeiter und sie sei dankbar, dass die Kollegen vor Ort tätig seien.



Herr Gierke ergänzt, dass jeder Sozialarbeiter in der Praxis ca. 140 Flüchtlinge betreut.

**9. . Umgang mit Kundenunterlagen beim Jobcenter  
Hier: Stellungnahme des Jobcenters Hagen**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Cramer stellt fest, dass die Stellungnahme zu dem Umgang mit Kundenunterlagen beim Jobcenter mit dem Protokoll übersandt worden sei.

Frau Sauerwein macht deutlich, dass es darum gegangen sei, ob der Umgang mit den Unterlagen der Kunden nun reibungslos funktioniere und Dokumente nicht verloren gingen. Dazu habe man in der letzten Sitzung einen Beschluss gefasst.

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass in der Eingangszone des Jobcenters ein Kopierer stehe, den die Kunden benutzen könnten.

**10. . Vorschlag der SPD-Fraktion und Sachantrag der Fraktionen CDU, Bündnis90/Die Grünen, Hagen Aktiv und FDP  
Hier: Ausweitung des Unterhaltsvorschusses  
Stellungnahme der Verwaltung  
Vorlage: 1054/2016**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kaufmann weist auf die ausgelegten Tischvorlagen zur Ausweitung des Unterhaltsvorschusses hin (**siehe Anlagen 1- 4 zu TOP 10**) und beschreibt die Entwicklung der Angelegenheit.

Sie beschreibt die wesentlichen Inhalte des geplanten Gesetzes und die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Stadt Hagen.

Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen.

Es sei geplant, dass das Gesetz zum 1. Juli in Kraft trete. Man rechne für Hagen mit ca. 600 Fällen, die man zusätzlich zu bearbeiten habe. Man plane mit einem Personalzuwachs von einer Stelle, die rein kommunal zu finanzieren sei. Die weitere zusätzliche Belastung für den kommunalen Haushalt betrage voraussichtlich 450.000 €.



Da diese Summe für eine Stadt wie Hagen nicht so ohne weiteres zu verkräften sei, habe man sich noch einmal intensiver mit der Frage auseinandergesetzt, warum die Quote des Landes Nordrhein-Westfalen so gering und in anderen Ländern größer sei. Die Anfrage der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage gebe darüber Auskunft (siehe Anlage 2). Die darin beschriebene Argumentation treffe zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr zu. Man werde deswegen als Verwaltung an die Landtagsabgeordneten herantreten, um auf dieses Problem aufmerksam zu machen und zu fordern, dass das geändert werden müsse. Von den verbleibenden Kosten nach Abzug des Anteils des Bundes müssten mindestens 50 % vom Land getragen werden. Das würde eine erhebliche Entlastung für die Kommunen in NRW bedeuten.

Er gehe davon aus, dass der Arbeitsauftrag durch die Anträge der Fraktionen damit erledigt sei. Eine fortlaufende Information des Sozialausschusses werde natürlich sichergestellt.

Frau Cramer stellt nach Rückfrage an die Fraktionen fest, dass die Anträge der Fraktionen damit beantwortet seien.

Frau Buchholz betont, dass bei allem Verständnis für die finanziellen Folgen für die Kommune ihres Erachtens der Mangel darin liege, dass die zahlungspflichtigen Väter sich ihrer Verpflichtung oft entzögen. Man sollte genauso viel Energie hinein stecken, die Heranziehungsquote zu steigern. So könnten sich die Kosten einer Personalstelle ggf. refinanzieren.

Frau Sauerwein berichtet, dass ihre Fraktion diese Frage bereits einem Mitglied ihrer Landtagsfraktion mitgegeben und nähere Informationen angefordert habe. Sie sei wie Frau Buchholz der Meinung, dass hier eine ganz wichtige sozialpolitische Sache umgesetzt werde. Das sei schon lange von der Frauenbewegung gefordert worden.

Sie erinnere sich daran, dass die Heranziehungsquote in der Vergangenheit öfter Mal als Konsolidierungsmaßnahme vorgeschlagen worden sei. Dabei sei jedem klar gewesen, dass das bei der Hagener Einkommensstruktur der Väter nicht umzusetzen sei.

Frau Küper macht deutlich, dass die Quote sich immer rund um 9 % bewege. Mehr könne nicht erreicht werden, weil es sich bei dem Gesetz nicht nur um ein reines Unterhaltsvorschussgesetz handle, sondern es gehe auch um Unterhaltsausfallleistungen. Bei dem Vergleich im regionalen Umfeld habe Hagen aufgrund seiner Struktur den Nachteil, dass aufgrund einer hohen Arbeitslosenquote der Rückgriff in einer Vielzahl von Fällen kaum möglich sei. Um erfolgreicher in dem Bereich zu sein, müsse man das Personal aufstocken und sehr schnell heranziehen.

Frau Kaufmann unterstützt die Aussage von Frau Küper. Natürlich sei es auch eine Frage des Personals. Sie berichtet aus ihrer Zeit als Schulleiterin, dass es oft auch die Mütter seien, die keinen Antrag stellen wollten, um familiäre Streitigkeiten zu verhindern. Es sei auch ein gesellschaftliches Thema und die Sozialstruktur spiele natürlich auch eine Rolle dabei. Zunächst einmal müsse sich nun auf Landesebene etwas bewegen.





Frau Niemann bittet Frau Küper um Erklärung, was sie damit gemeint habe, dass man bei der Heranziehung schnell sein müsse.

Frau Küper erläutert, dass man sofort tätig werden müsse, sobald man Informationen über das Vermögen oder Einkommen des Vaters habe. Das sei aber in der Praxis schwierig, weil die 5,5 Mitarbeiter, die in Hagen in dem Bereich tätig seien, sowohl für die Leistung als auch für die Heranziehung zuständig seien.

Frau Niemann fragt, ob man sich in dem Zusammenhang auch mit den Gerichten in Verbindung setze, wenn es beispielsweise um die Identität des Vaters gehe.

Frau Küper weist darauf hin, dass die Fälle sehr unterschiedlich seien. Wenn der Vater nicht leistungsfähig sei, könne auch das Gericht nicht helfen. Es gebe den gesetzlichen Forderungsübergang. Damit werde das Land Eigentümer der Forderung. Das werde auch tituiert. Voraussetzung für eine Vollstreckung sei aber, dass der Vater leistungsfähig sei.

## 11. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Sauerwein nimmt darauf Bezug, dass die Stadt Hagen Schrottimmobilien aufgekauft habe.

Sie möchte wissen, was jetzt mit diesen Häusern passiere und wer dort künftig wohnen werde. Was geschehe mit den derzeitigen Bewohnern?

Frau Kaufmann teilt mit, dass es bisher nur um eine Schrottimmobilie gehe. Der Beschluss zum Kauf liege vor, aber der Kaufvertrag sei noch nicht unterschrieben. Soweit sie informiert sei, sei noch nicht entschieden, ob die Immobilie abgerissen oder renoviert werde.

Herr Gierke erklärt, dass es eine Verpflichtung gebe, Menschen, die ihre Wohnungen verlören und obdachlos würden, ein Obdach anzubieten. Daneben würden in Hagen auch Unterstützungsleistungen gewährt. Bezogen auf die Schrottimmobilien habe noch niemand um Unterstützung gebeten.

Frau Buchholz äußert ihre Empörung. Wenn die Stadt eine solche Immobilie kaufe und dieses abreiße, sei es ja wohl selbstverständlich, dass sie sich um die Unterbringung der dort lebenden Menschen kümmere.

Frau Küper hat den Eindruck, dass es hier zu einem Missverständnis gekommen sei.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass die Stadt in einem Falle unabhängig vom Förderprogramm von ihrem Vorkaufsrecht nach Beschlusslage Gebrauch gemacht habe. Ansonsten gebe es die Bewerbung um ein Förderprogramm des



Landes Nordrhein-Westfalen, was zum Inhalt habe, Schrottimmobilien zu erwerben und ein Nachnutzungskonzept zu entwickeln. Dabei sei der Abriss eine mögliche Option. Da müsse natürlich vorher geklärt werden, was mit den Bewohnern passiere. Alternativ könne aber auch eine Folgenutzung dafür entwickelt werden.

Auf die Frage von Frau Sauerwein nach der Besetzung der Stellen der Quartiersmanager berichtet Herr Goldbach, dass 2,5 Stellen hätten besetzt werden können. Die Mitarbeiter hätten ihre Arbeit zum 01. Februar in Büros in der Martin-Luther-Straße aufgenommen. Eine Aufteilung auf Stadteile werde dann in der Zukunft erfolgen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.05 Uhr

gez. Marianne Cramer  
stellv. Vorsitzende

gez. Sabine Högbe  
Schriftführerin



**ANWESENHEITSLISTE**

zur Sozialausschusssitzung am 08.02.2017  
Rathaus an der Volme

Beginn: 16.00 Uhr            Ende:18.05 Uhr

**1. Mitglieder des Sozialausschusses:**

Marianne Cramer

---

Hanne Fischbach

---

Corinna Niemann

---

Tobias Fischer bis 17.00Uhr

---

Nele Keweloh bis 17.35 Uhr

---

Anja Engelhardt

---

Ruth Sauerwein

---

Sabine Jochheim

---

Martin Goege

---

Dennis Quadt

---

**2. Stellv. Mitglieder des Sozialausschusses:**

Alexander Bakhtyar

---

Karin Köppen

---

Monika Schlößer

---



### 3. Sachkundige Einwohner/Beratende Mitglieder

Rüdiger Ludwig

---

Birgit Buchholz

---

Wolfgang Wegener

---

Meinhard Wirth

---

Aydogan Gül

---

### 4. Stellvertretende beratende Mitglieder

---

Gerd Homm

---

### 6. Gäste:

keine

### 7. Von der Verwaltung:

---

**VB 3** Frau Kaufmann

**32** Frau Thomzig

**Fachbereich Jugend & Soziales:** Herr Goldbach 55

---

Herr Goebels 55/6

---

Herr Gierke 55/5

---

Frau Völker 55/5

---

Herr Otto 55/5

Frau Küper 55/7

Schriftführerin: Frau Hoglebe